

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießler

58. Jahrg.

Abonnementspreis: Vierteljährlich 65 Pf., monatlich 22 Pf., ohne Postbestellgebühr. Für Postbezug. Erscheinungsort: Dienstag, Sonntag und Sonnabend. — Jährlich 150 Nummern.

Leipzig, den 23. März 1920

Einzelnenpreis: Vereins-, Fortbildungs-, Arbeitsmarkt- und Todesanzeigen 20 Pf., die funktionslose Zelle; Anzeigen- und alle sonstigen Reklamensätze 60 Pf., die Zeile. Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 31

Wegen des einwöchigen Generalkstreiks infolge der militärisch-nationalistischen Gegenrevolution in Berlin konnte von dieser für den 16. März bestimmt gewesenen, bereits stereotypierten Nummer die Drucklegung nicht mehr erfolgen. Die Seiten 1, 2 und 4 haben nunmehr Umänderung erfahren.

Buchdrucker und Gegenrevolution

Die Arbeitswoche vom 15. bis 20. März ist zu einer Aufstandswoche geworden, gegen deren Bedeutung und Durchschlagskraft die Revolutionslage vom November 1918 verblissen. Sind auch größere Gebiete Süddeutschlands und kleinere in anderen Gegenden von Generalkstreik und Straßenkämpfen ausgenommen geblieben und ist auch nicht überall eine volle Woche notwendig gewesen, um die konterrevolutionären Gelüste und die Wiederherbebung der Militärherrschaft zu brechen, so haben doch allgemein die Ereignisse vom 13. März in Berlin, das große, ungeheure Verbrechen der Kapp, Lüftwalg und reaktionärer Konjunktur am deutschen Volke, die Arbeiterschaft blühend aufgeschlüsselt. Die Jankprobleme wurden einfach beseitigt gelöst und in gemeinsamer Kampffront, wenn trotzdem auch leider nicht allenthalben mit einheitlichen Zielpunkten, erfolgte der Aufstand des Proletariats. Welche Kreise des Bürgertums und vor allen Dingen welche der Angestellten- und Beamtenstände mit sich reißen.

Ein politischer Generalkstreik von solcher Wucht und Ausbreitung, auch Eisenbahn und Post ohne Zögern und Widerstreben ersaffend, ein derartiges Ausschließen der Massen ist noch nicht dagewesen! Diese Gewalstürme freilichlicher Begeisterung vermochte nur die unumkehrbare Gesellschaft einer Regierung von Staatsstreikern verbobrtester Reaktion, die ihre patriotische Selbstlosigkeit unter der bornierten Parole „Ordnung, Freiheit und Zuf“ befähigen wollte, zu entfehlen. Wenn das traurige Beginnen dieser insamen Serie nicht so gemengesährlich gewesen wäre, wenn das nicht schon unmäßig hart gepörrte Volk nicht solche schweren Opfer an Blut und Gut dabei zu bringen gehabt hätte, dann könnte die Untat dieser riesenhaften Verbrecher um dieser mächtigen Erhebung willen gar eine Tat genannt werden. So aber liest die Laternenpörrer, an die diese Mordspatrioten eigentlich gebören, für eine derartige Dekoration noch zu schade.

Die gewaltige Erhebung aller freilichlich gesinnten und eine Wiederkehr der wilhelminischen Zeiten unter Herausstellung eines andern Werkzeuges für die in der Reaktion verkörperten wahren Machthaber verwendenden Elemente im deutschen Volke hat die Kapp-Leute nach fünf Tagen angemähter Herrschaft wieder hinweggefegt. Ein flamwendendes Warnungszeichen für ihre agrarischen, schwerindustriellen und sonstigen kapitalistischen Hintermänner!

In den Nummern vom 19. und 21. November 1918 haben wir in zwei Artikeln über „Presse, Buchdrucker und Revolution“ geschrieben, welsch letztere vorausgehend schon in einer Weise eingehender behandelt worden war, die selbst nicht leicht Genügung befriedigen konnte. Jetzt, in der Eile des Herausbringens einer durch die außerordentlichen Ereignisse stark verpörrten Nummer, müssen wir den Anfang umgekehrt nehmen und das andre aus in den hinteren Spalten erläuterten Gründen dann kürzer als 1918 lassen. Damals wurde von uns gesagt: „Die Pressefreiheit wird und muß jedoch eine Grenze haben: zum Gegenumsatz darf nicht aufgefördert werden“. Von diesem Grundsatz sind wir nicht abgewichen. Am 7. Februar d. J. haben wir in dem zweiten Artikel zu den Zensurverboten der Regierung darüber abfolut keine Schmeißelungen gesagt, haben aber gegen die an verschiedenen Orten von drinnen und von draußen kommenden hartnäckigen Verschmümmungsabsichten aus entgegengelegten Gründen mit Entschiedenheit Stellung genommen.

Wo jedoch unsere Kollegen jetzt in Beantwortung der von der gegenrevolutionären Regierung erlassenen Zensurverbote gegen Blätter aller Art nicht genehmer Rücksichtungen die reaktionäre Presse stillgelegt haben, sofern der allgemeine Generalkstreik nicht schon die Tageszeitungen einbeschloß, was auch in Berlin der Fall gewesen ist, da haben sie unter diesen Umständen recht gehandelt und der Arbeiterschaft damit gezeigt, daß die Buchdrucker über zweckmäßige Anwendung der Waffe des Generalkstreiks und für kurzweilige Bekämpfung der Gegenrevolution sehr wohl die richtigen Rezepte kennen. Sollte im Eifer des Gefechts in den nun hinter uns liegenden Tagen hochgehender Aufregung und zeitweilig ganz unmöglich gewesener Aufklärung von den Buchdruckern aus einmal nicht völlig korrekt gehandelt worden sein, so sind die vorliegenden Wochen von den verschiedensten Seiten im „Korr.“ abgegebenen Erklärungen für volle Pressefreiheit dadurch doch nicht entwertet.

Die Meinungsfreiheit wird und muß auch ferner von den Buchdruckern, als deren Vermittlern für alle Parteien und Geistesrichtungen, gewahrt werden — gegenrevolutionäre Ausbrüche jedoch werden stets das in ihre Hand gegebene Mittel todbringender Unterbindung anwendungsbereit finden. So haben die Buchdruckergehilfen diesmal der Sache des Volkes gedient, so werden sie wieder handeln, wenn den reaktionären Volksverberbern je noch einmal ein konterrevolutionärer Putsch einfallen sollte. Nehmen wir dieses Druckmittel vermöge da etwas zu helfen, bis so viel verarmten Buchdrucker würden auch damit fertig werden.

In Leipzig mit seiner gerade eröffneten Technischen Messe, wo wohl die meisten, schwersten und andauerndsten Barrikadenkämpfe in der Generalkstreikwoche stattgefunden haben — leider auch unter Verlust des so vielen auswärtigen Kollegen ebenfalls bestens behaimten Volkshauses, dessen mächtiger Vorderbau eine grauenvolle Trümmerstätte geworden ist —, war die Frage des Erscheinens der Tageszeitungen in der vernünftigsten Weise gelöst worden. Sie galten als lebenswichtige Betriebe und waren nur an die Voraussetzung gebunden: nicht für die Kapp-Sippenschaft einzutreten und nicht gegen die kämpfende Arbeiterschaft zu schreiben. Bei der größten Leipziger Zeitung kam es einmal zur Intervention des Seherpersonals, bei dem ausgesprochen deutschnationalen Blatte zog aber erst das letzte Mittel. Die gleichen Personale hielten jedoch vor einigen Wochen streng an der korrekten Auffassung fest, daß man die Postischen Zensurverbote nicht durch Beeidigung austreiben dürfe. Das Erscheinen der Leipziger Zeitungen konnte jetzt indes nicht immer möglich gemacht werden, denn die in dem sehr großen Stadtumkreis erschießenden zahllosen Barrikaden verengerten sich nach dem Stadtkern zu und lagen meistens andauernd unter Feuergefecht, so daß sich die Zensurpersonale bei Aufsuchen ihrer Arbeitsstätten der größten Lebensgefahr aussetzten. Eine Anzahl Leipziger Kollegen ist ja auch verwundet worden, unter den vielen Toten befindet sich jedoch nur ein Buchdrucker. Am 22. März hat die Arbeitsaufnahme in Leipzig stattgefunden.

Jedenfalls ist das Stapel-, Buchdrucker und Gegenrevolution“, wenn die persönlichen Opfer und Entbehrungen in Hinblick auf das, was auf dem Spiele stand, nicht das Ausschlaggebende sein dürfen, ebenso bedeutungsvoll wie ungetrübt.

Weiteres zur Situation

IV.

Einigungsverhandlungen geschlossen

Bei Abschluß dieser plannmäßig für den 16. März bestimmt gewesenen Nummer erhielten wir vom Vorstand die telegraphische Nachricht, daß die am 12. März im Reichsarschleiministerium vor dem Minister-Schiedsgericht gepflogenen Verhandlungen ebenfalls resultatlosen Ausgang genommen haben!

Als Vormeldung hatten wir erfahren: Die Sitzung mußte im Laufe des Vormittags abgebrochen werden wegen plötzlich eingetretener dringender Behinderung des Ministers Schlichte. Nachmittags 5 Uhr sollte Weiterverhandlung stattfinden. Von den fünf erklärten Prinzipalvertretern waren die beiden aus Berlin jedem Entgegenkommen abgeneigt. Bei zwei andern schien Wille zur Verständigung noch vorhanden zu sein, der fünfte nahm offensichtlich einen vernünftigen Standpunkt ein.

Diesen am 13. März brieflich und telegraphisch eingelaufenen Mitteilungen folgte am 15. März die abschließende Meldung, die Prinzipalvertreter wären bei diesen letzten Einigungsverhandlungen teilweise schon hinter ihren in der Tarifauschüßung gemachten Zugeständnissen zurückgeblieben! Außerdem wurde wieder, wie bereits vor dem Schlichtungsausschuß, Verhärzung der Forderungen und Aufhebung der 25 Proz. Entschädigung für Verhärzungen von ihnen verlangt. Entgegen allen Vorstellungen während der Tarifauschüßung, daß eine längere Bindung bei den fortgesetzt noch steigenden Preisen ganz unmöglich wäre, wurde von den Prinzipalvertretern dennoch Festlegung der eventuellen neuen Vereinbarungen bis 1. Juli, mindestens aber bis zum 15. Juni gefordert. Die Gehilfenvertretung konnte auf alle diese Zumutungen nicht eingehen. Der Vermittlungsversuch der Reichsregierung am 12. März war also ebenfalls gescheitert.

Nach dem Leitartikel in der „Zeitschrift“ vom 12. März, über den noch mehr zu sagen sein wird — läßt er doch die Höhe des Schiedspruchs in den drei Raten um je 10 Mk. höher erscheinen —, war ja die Hoffnung auf Einlenken der Prinzipalpartei ganz gering. Das Prinzipalorgan bezeichnete nämlich eine Einigung auf der Grundlage des vorliegenden Schiedspruchs für unmöglich, dazu könne es nur bei „annehmbarer Reduzierung der Höhe des Schiedspruchs“ kommen.

Der Vorstandsvorstand hatte nach diesen resultatlosen Einigungsverhandlungen noch abends beschloß, am 17. März eine Gauersteherkonferenz zur Situation Stellung nehmen zu lassen. Diese Absicht mußte jedoch infolge der plötzlich eingetretenen politischen Wirren aufgegeben werden, da auch eine Unterbrechung der Verkehrsverhältnisse dadurch eingetreten war.

Doch noch Einlenken der Prinzipalpartei!

Am 22. März, als wir morgens endlich wieder unsere Redaktionsräume in dem von heftigsten Kämpfen am längsten unbesetzt gebliebenen Johannisviertel betreten konnten, fanden wir mehrere zensurierte Telegramme vor. Das eine stammte vom Vorstandsvorsitzenden. Es ist vom 20. März, abends aus Dresden datiert und befaßt, daß die Prinzipale doch noch den Schiedspruch anerkannt haben. Danach müssen in Dresden während der Generalkstreikwoche abermals Verhandlungen zwischen Vertretern beider Parteien stattgefunden haben; in Aussicht gestellte ergänzende Mitteilungen auf brieflichem Wege erreichten uns bis zur desinitiven Drucklegung dieser Nummer noch nicht.

Die kleinsten Druckorte (ohne und bis zu 2/3 Proz. Lokalausschlag), die bei den Verhandlungen im Tarifauschüßung wegen der Einbeziehung der Pros- und Kartoffelzulage schon die größten Schwierigkeiten bereitet haben, erhalten nach diesen letzten Abmachungen 5 Mk. weniger in der für sie bestimmt gewesenen Ortsgruppe. Das wird die hauptsächlichste Abänderung an dem Schiedspruch sein. In der am 25. März erscheinenden nächsten Nummer wird ja volle Aufklärung gegeben werden können.

Es ist gewiß mit Freude zu begrüßen, daß in letzter Minute doch eine Verständigung möglich gewesen ist. Durch den traurigen Streich der Kapp-Reaktionäre war die Verbindlichkeit der Schiedsgerichts in Frage gestellt. Aber wenn dieser gewichtige Umstand auch nicht eingetreten wäre, hätten sich wohl in den kleinen Provinzorten noch manche Schwierigkeiten bei der Durchführung ergeben. Die Mittel- und die Großstädte erhalten so jedoch ohne die Opfer eines eventuellen schweren Kampfes in persönlicher Beziehung wie in betreff unsrer

Organisation das, was die Kollegenschaft mit wenigen Ausnahmen nach der Tarifausübung zur Förderung erhoben hat: Erfüllung des Schiedspruchs!

Wessen Durchführung muß nunmehr die Parole an allen Orten sein. Über die Zahlungsbedingungen kann man sich gegebenenfalls lokal verständigen, natürlich ohne Beeinträchtigung des finanziellen Erfolges des Schiedspruchs. Er ist durch die neuen Abmachungen mit der Prinzipalsleistung nun rechtskräftig geworden.

Örtliche Einigungen

In Leipzig wurden unmißbar nach Ausbruch des politischen Generalstreiks von Gehilfenvertreter und Gewerkschaft Verhandlungen mit der örtlichen Prinzipalsleistung angebahnt, die auf die vollinhaltliche Anerkennung des Schiedspruchs des Reichsarbeitsministeriums hinausliefen. Diese Verhandlungen waren erfolgreich. Es wurde von der Verletzung der Prinzipalsleistung die Zulage auf eine restlose Erfüllung der finanziellen Verpflichtungen des Schiedspruchs gegeben, allerdings nicht rückwirkend, sondern unter entsprechenden Nachzahlungen bis 15. April. Von da an tritt die Auswirkung der Zulage in voller Höhe ein. Für die Streikwoche werden von den Prinzipalpalen eventuell Vorküsse gewährt werden. Eine stark behauchte Vertrauensmännerversammlung am 21. März erklärte sich mit diesen Abmachungen einverstanden.

Ein Telegramm aus Stuttgart vom Gehilfenvertreter Kreis besagt, daß am 20. März Verhandlungen zwischen beiden Seiten die Anerkennung des Schiedspruchs für den gesamten vortier Kreis ergeben haben.

In Karlsruhe ist nach telegraphischer Mitteilung vom 19. März ein vierwöchiger Streik durch gegenseitiges Übereinkommen beendet worden.

Hannover meldete am 19. März telegraphisch Anerkennung des Schiedspruchs und Wiederaufnahme der Arbeit.

Konfliktmeldungen

Außer den in Nr. 30 schon gemeldeten vier Fällen sind noch zu verzeichnen Ludwigsb., Worms, Kollbus (nur ein Zeitungsbeispiel), Nürnberg (549 Verbandsmitglieder, 5 Gutenbergbündler, 13 Nichtorganisierte), Jülich (50 Verbandsmitglieder, 1 Gutenbergbündler, 2 Nichtorganisierte). Der Gehilfenvertreter des Kreises II telegraphierte am 19. März, daß entgegen verbleibender Mitteilung der Buchdruckerstreik in Düsseldorf noch fortbauere. Diese Nachrichten werden ja überdies sein. Es muß aber verlangt werden, daß mit ähnlichen Aktionen überall, wo sie noch nicht beendet sein sollten, nun Schluß gemacht wird. Eine Ausnahme könnte nur dort eintreten, wo die Durchführung des Schiedspruchs doch noch verweigert werden sollte.

□ □ Zur Generalversammlung □ □

Die Anträge des Verbandsvorstandes

Die Unterstufungseinrichtungen unseres Verbandes werden auf der diesjährigen Generalversammlung einen breiten Rahmen der Verhandlungen einnehmen, fordert doch die Not der Zeit gebieterisch eine Erhöhung der Unterstufung, besonders für unsere Kranken und invaliden Kollegen.

Diejenigen, die nun glauben, die Generalversammlung werde die Unterstufungshöhe dem heutigen Geldwert anpassen können, werden durch die Anträge des Verbandsvorstandes bitter enttäuscht sein. Diese Kollegen müssen jedoch bedenken, daß die Ungewißheit über die weitere wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands ein derartig gemagtes Experiment von vornherein verbietet. Eine derartige Erhöhung der Unterstufungen würde sich meines Erachtens auf die Dauer nicht aufrechterhalten lassen. Auch wird von vielen Kollegen die Hauptaufgabe der Gewerkschaften viel zu wenig erkannt. Die Unterstufungseinrichtungen der Gewerkschaften sind nicht Selbstzweck, sondern Mittel zum Zweck. Unter diesen Gesichtspunkte betrachtet, war ich doch einigermassen überrascht über die weitgehenden Anträge des Verbandsvorstandes.

Zu begrüßen sind die Anträge auf Übernahme der Hauptaufgabe auf die Verbandskasse, Beseitigung der Begriffe „freiwillige“ und „unfreiwillige“ Umzüge, besonders aber die Anträge auf Erhöhung der Kranken- und Invalidenunterstützung. Die hierdurch bedingte Beitragserhöhung wird von den Mitgliedern gern in Kauf genommen werden.

Paider hat der Verbandsvorstand bei dem Antrage zur Invalidenunterstützung keine ganze Arbeit gemacht. Warum die zweierlei Kategorien noch beibehalten werden sollen, ist nicht recht ersichtlich. Die Unterscheidung zwischen im ersten Jahre nach beendeter Lehrzeit und später eintretenden Mitgliedern mag ebendort einigen gutturalischen Wert besitzen haben, heute muß diese Ungleichheit unter allen Umständen beseitigt werden, denn eine Ungleichheit ist die schlimmste Ungleichheit. Vor 25 Jahren und früher mußten in diesen kleineren und mittleren Städten, besonders in Rheinland-Westfalen, viele ausertende junge Ge-

hilfen überhaupt nichts von der Existenz unseres Verbandes. Sind diese Kollegen darum minderwertige Mitglieder, weil sie (ohne ihr Verschulden) das erste Gehilfenjahr verstreichen ließen, ohne dem Verbandsbeitragen? Ich glaube kaum. Diese Mitglieder nun dafür zu bestrafen, daß sie in der Wahl ihres Geburtsortes nicht vorzüglich genug waren, ist höchst ungerecht und wirkt erbitternd.

Auch würde es für verfehlt halten, für Wiedereintretende eine höhere Kategorie beizubehalten, trotzdem sich bei diesem eine Ausnahmebestimmung schon eher rechtfertigen ließe. Doch sind diese Kollegen schon dadurch bestraft, daß sie ihre früher erworbenen Rechte verloren haben und wieder von vorn beginnen müssen. Wenn ein Kollege für würdig befunden wird, zum zweiten oder drittenmal aufgenommen zu werden, dann sollte man ihn auch nicht als Mitglied zweiter Klasse behandeln. Aus diesen Gründen schlage ich für den § 48 folgende Fassung vor: Diese Unterstufung beträgt pro Tag

nach 500 Beiträgen	1,50 Mk.
" 1250 "	1,75 "
" 1500 "	2,-- "

Sollte durch diese Regelung die Kasse zu stark belastet werden, so könnte die Anhangskategorie oder könnten eventuell alle drei Kategorien um 50 bis 100 Beiträge erhöht werden. Um hierdurch eintretende Härten könnten durch Übergangsbestimmungen gemildert werden. Die Hauptsache bleibt, daß mit einer Ungleichheit endlich ausgeräumt wird, die für eine große Anzahl Mitglieder erbitternd und bedrückend wirkt.

Darum fordere ich mit allen Vorschlagsbestimmungen: Gleiche Pflichten — gleiche Rechte!

Dorfmond.

U. Schippers.

Beitragszahlung und Regelung des Unterstufungs- wens nach Stundenlöhnen

Die Höhe unseres Verbandsbeitrags sowie unserer Unterstufungslöhne in allen Zweigen lind nicht mehr zeitgemäß. Sie sind ein gründlicher Wandel geschulden worden; herumdoktern ist verfehlt. Auch die von der Hauptverwaltung aufgestellten Sätze entsprechen den heutigen Verhältnissen keineswegs. Wollen wir das Unterstufungswesen beibehalten, so müssen wir auch zeitgemäß rechnen, und zwar nicht mit Pfennigen, sondern mit Mark.

Die Generalversammlung muß, da sie viel Geld kostet, unbedingt politische Arbeit in dieser Frage leisten. Ich schlage daher vor, Beitrag wie Unterstufungen nach zeitgemäßen Stundenlöhnen zu berechnen:

Der Beitrag beträgt 2 Stundenlöhne	= 6 Mk.
*Gehilfenunterstützung 7/10 des Monatslohnes bzw. 32 Stundenlöhne	= 98 "
*Arbeitslosenunterstützung 2 Stundenlöhne	= 6 "
*Krankenunterstützung 2 Stundenlöhne	= 6 "
*Invalidenunterstützung 1 Stundenlohn	= 3 "

Erhöht sich der Lohn, so erhöht sich der Beitrag, gleichfalls aber auch die Unterstufung.

Auf dieser Grundlage erhalten wir eine automatische Regelung, die, wenn sie von der Generalversammlung angenommen wird, den richtigen Ausgleich trifft.

Die Unterstufungen sowie die Beiträge werden nach oben oder unten abgerundet, wie es der Kassentand erlaubt. Sie werden alle Viertel- oder auch alle Halbjahre von der Hauptverwaltung bekanntgegeben.

Bonn.

C. Sellrich.

* Diese Unterstufungslöhne sind nur als Beispiel aufgeführt.

□ □ □ Korrespondenzen □ □ □

Deinhorst. Unre Generalversammlung war sehr gut besucht. Jahres- und Kasienbericht wurden genehmigt. Der Vorstand wurde einstimmig wiedergewählt. Zwei Mitglieder konnten neu aufgenommen werden. Die wirtschaftlichen Verhältnisse sind durch die zeitweilige Rahmung infolge Rohstoffmangels schlecht, da die Druckaufträge der großen Fabriken fehlen. Ein Besuch zwecks Bewilligung einer Wirtschaftshilfe wurde von den beiden Druckereien Johs. Helle und Hoffmann & Sohn bewilligt, während die beiden anderen Druckereien Siegfried Nies und S. Brandt es ablehnten. Eine gemüthliche „Gesellenfeier“ nach Schluß der Versammlung hielt die Kollegen in angenehmer Stimmung beisammen.

Frankfurt a. d. D. Der am 25. Januar in Kilstein abgehaltenen Bezirkstag war von 55 Delegierten besucht. Vor Eintritt in die Tagesordnung begrüßte Bezirksvorsitzender Reineke (Frankfurt) die erschienenen Kollegen. Darauf gab selbiger den Vorstandsbericht, aus welchem zu ersehen ist, daß die Mitgliederzahl am Schluß des Jahres 1918 372 betrug, während am Schluß des Jahres 1919 522 Mitglieder zu verzeichnen waren. Die Zahl der Druckerei schwankte zwischen 17 am Anfang und 25 am Schluß des Jahres 1919. Den Kasienbericht gab Kassierer Müller. Nunmehr erhielt unser Gauvorsitzer Hannach (Stollin) das Wort zu seinem Vortrag über das Thema: „Die wirtschaftliche Lage“. Der Bezirksvorsitzende dankte dem Vortragenden für seinen äußerst interessanten und lehrreichen Vortrag, der mit reichem Beisatz seitens der Erschienenen belohnt wurde. In der nunmehr einsetzenden Diskussion beteiligten sich mehrere Kollegen und gaben alle ihren Anträgen, teilweise in sehr harten Worten, kund, daß die letzte Steuerzulage noch lange keinen Ausgleich schaffe, wenn sie angesichts der Verhältnisse sich auch damit einverstanden erklärten. Erwähnt wurde von allen Seiten, daß unsere jetzigen Löhne

bereits von einer großen Anzahl ungelerner Arbeiter weit überfüllt seien. Bei der Aussprache über die am 15. Dezember gegabte Steuerzulage konnte bemerkt werden, daß diese bis auf einige Druckereien voll gegahlt worden sei. Hoffentlich gelingt es auch in diesen kleinen Druckereien die Bezahlung eventuell zu erzwingen. Bei dieser Gelegenheit kamen auch die traurigen Verhältnisse in den Druckereien Scherwin a. d. W. zur Sprache (dieser Ort ist seit kurzem dem Bezirke Frankfurt a. d. D. zugehört). Dort begünstigen sich die Gehilfen mit Löhnen von 65, 70 usw. Mk. Es wird energisch versucht werden, am genannten Orte tarifliche Verhältnisse zu schaffen. Die Wahl des Ortes für den nächsten Bezirkstag wurde dem Vorstand überlassen. Unter „Verhinderung“ wurden verschiedene interne Angelegenheiten erledigt.

B. Freiburg i. B. In der diesjährige Generalversammlung, die gut besucht war, fand am 1. Februar statt. Den Geschäftsbericht über das verfllossene Jahr, das ungemein reich an Ereignissen war, erstattete der Vorsitzende Kollege Sandpfer, den Kassierer Kollege Wölber. Beide Berichte fanden die Billigung der Versammlung. Die folgenden Wahlen gingen sehr vollaufen und brachten keine großen Veränderungen. Die Bezüge der Funktionäre wurden den Zeitverhältnissen entsprechend neu festgelegt. Hierzu wurden die zur Verbandsgeneralversammlung zu stellenden Anträge besprochen und als zur Einreichung geeignet empfohlen. Die vorgeschriebene Zeit nötigte zum Abbruch der Versammlung und zur Zurückstellung des noch nicht erledigten bis zur nächsten Zusammenkunft.

Kamburg-Altona. (Schriftgießer.) In der halb-jährlichen Generalversammlung am 27. Januar gab Vorsitzender Hausmann den Jahresbericht in kurzer, übersichtlicher Weise, dabei die Schwierigkeiten darlegend, mit welchen der Vorstand bei Leistung der laufenden Geschäftsaufgaben kämpfen hatte. Da der alte Vorstand in seiner Gesamtheit eine Widerwahl ablehnte, mußte zur Wahl eines neuen geschritten werden. Hoffentlich gelingt es diesem, die Ruhe und Einigkeit unter den Kollegen weiterhin aufrecht zu erhalten. In diesen Zeiten der sprunghaft steigenden Teuerung wahrlich keine leichte Aufgabe. Auf Antrag wurde eine Statutenkommission gewählt. Nachdem noch die Veröffentlichung einer Ehrenfahne für die dem Striege zum Opfer gefallenen Kollegen angeregt worden war, mußte die Versammlung der frühen Pforten halber geschlossen werden.

Marktredwitz. Am 11. Januar versammelten sich die Marktredwitzer und Wunsiedler Kollegen zu einer allgemeinen Versammlung in Wunsiedel, in welcher besonders die unzufriedenen Verhältnisse in puncto Bezahlung bei der Firma Beer in Wunsiedel einer scharfen Kritik unterzogen wurden. Es herrschte Einmütigkeit darüber, daß die Wunsiedler Kollegen bei der Firma um Bezahlung ihres vollen, gesetzlichen Lohnes vorzuziehen werden müßten. Ihr Vorgehen war von Erfolg. Drei dem Verbands noch fernstehende Kollegen schlossen sich an. — Am 1. Februar fand wiederum eine Versammlung in Wunsiedel statt, an der sämtliche Kollegen von Marktredwitz und Wunsiedel teilnahmen. Nachdem bereits der Gauvorsitz seine Zustimmung zu einer Wirtschaftshilfe der beiden Druckereien gegeben hatte, wurde auch die Wiedergabe des Ortsvereins Marktredwitz-Wunsiedel vollzogen. Als Vorsitzender wurde gewählt Kollege Hans Hofmann (Marktredwitz) und als Kassierer Kollege Christian Röder (Wunsiedel). Möge der junge Ortsverein auf gedeihen!

Bl. München. In zwei Versammlungen am 26. Januar und 9. Februar besaßte sich unser Ortsverein in der Hauptsache mit den zur Generalversammlung des Verbandes zu stellenden Anträgen. Der in den letzten Wochen verstorbenen Kollegen wurde in sühlicher Weise gedacht. In längerer Aussprache wurden in der ersten Versammlung Mittel und Wege gesucht, um die Not der Arbeitslosen zu lindern und deren baldige Ansehung durchzuführen. Von einer Kommission war der Entwurf zur Änderung des Verbandsstatuts ausgearbeitet worden, der aber in der ersten Versammlung, nachdem eine rege Aussprache stattgefunden hatte, wieder an diese zurückverwiesen wurde. — In der Versammlung am 9. Februar wurde, wieder nach längerem Meinungsaustausch, beschlossen, den Entwurf, der einige kleine Änderungen erfahren hatte, an den Verbandsvorstand weiterzugeben. Außerdem wurde noch ein Antrag betreffend Nachzahlung der infolge Kriegsdienst nicht geleisteten Beiträge zur Invalidenkasse angenommen, während ein Antrag betreffend die nichtbezugsberechtigten Invaliden den Delegierten als Material überwiesen wurde. Mit allen gegen eine Stimme wurde ohne Debatte ein Antrag angenommen, der von den Gehilfenvertreter verlangt, daß sie mit allem Nachdruck bei der Tarifberatung dafür eintreten, daß im Tarif aufgenommen wird, daß bei Einstellungen und Entlassungen auch der Bezirksrat zu hören ist, daß bei Betrieben mit 100 Beschäftigten die Bilanz vorzulegen ist, und daß die Ausnahmebestimmungen im Betriebsrätegesetz für Zeitungsbetriebe als nichtig erklärt werden. Mit allen gegen eine Stimme wurde ein Antrag abgelehnt, der von der Generalversammlung forderte, daß die bestehende Tarifgemeinschaft aufzuheben ist und kurzfristige Kollektivverträge an deren Stelle abzuschließen sind. Eine Reihe Angelegenheiten lokaler Natur wurden in beiden Versammlungen außerdem erledigt. Erwähnenswert ist davon ein angenommener Antrag, der dagegen protestiert, daß vom Ausschusse der Ortskrankenkasse zwar die Beiträge erhöht wurden, aber die Leistungen der Kasse nicht. Einstimmig abgelehnt wurde ein Antrag, der die jetzige Vorstandswahl beauftragt, eine außerordentliche Generalversammlung einzuberufen zum Zweck der Reorganisation des Ortsvereins auf der Grundlage des freien Reichstums und der Möglichkeit sofortiger Überführbarkeit

Der Mandatsinhaber. Der jetzigen Vorstandschaff wurde in dem gleichen Antrag ausgehen, in diesem Sinne zweckentsprechende Grundlagen vorzubereiten unter Zuziehung mit dieser Materie vertrauter Personen. Während die Feuerungsulagen vom 15. Dezember in allen Druckereien Münchens gezahlt wurden, haben gegen die Neuregelung ab 1. Januar die Münchner Prinzipale wieder unter den wichtigsten Einwendungen Protest erhoben. Die Versammlung am 9. Februar nahm deshalb einstimmig eine Entschliessung an, in der ausgedrückt wurde, daß, trotzdem die für die Gehilfenschaft vom Tarifamt im Anschluß an die Bezalungen des Reichswirtschaftsamts und der Reichsarbeitsgemeinschaft für Papierindustrie beschlossenen neuen Feuerungsulagen kein vollständiger Ausgleich der Verteuerung sind, die Gehilfenschaft sie vorläufig annimmt. Sie verurteilt aber entschieden, daß die Münchner Prinzipale schon wieder Protest gegen diesen Tarifamtsbeschluß einlegen. Die Gehilfenschaft erklart in diesem Verhalten die Verhandlung auf, sofort die nötigen Schritte zur Anerkennung und Durchführung derselben einzuleiten. Die Tarifkommissionen an Orte sind sofort anzurufen. Ergänzt sind die geeigneten Mittel bis zur äußersten Konsequenz in Anwendung zu bringen.

Neumarkt (Ostl.). Am 18. Januar fand unsere gütlichste Generalversammlung statt. In kurzen, sachlichen Vorlesungen gab Vorsitzender Schneider ein Bild vom verflochtenen Vereinsjahr. Beim Punkte „Vorstandswahl“ wurde Kollege Schneider durch allseitigen Zuruf zum Vorsitzenden wiedergewählt, ebenso der Kassierer und der Schriftführer. Nachdem die Tagesordnung in reger Begeisterung erledigt war und der Vorsitzende die Kollegen zu weiterer treuen Zusammenarbeiten ermuntert hatte, schloß die anregend verlaufene Versammlung.

Schleswig. Unsere Hauptversammlung fand am 25. Januar statt. Unter „Mitteilungen“ wurde ein Rundschreiben des Verbandsvorstandes verlesen, das ohne Diskussion zur Kenntnis genommen wurde. Vorsitzender Zellner erstattete den Jahresbericht. Er gedachte hierin auch eines noch in französischer Gefangenschaft weilenden Kollegen sowie aller Kollegen, denen in kramender Erde ein frühes Grab geschnitten wurde. Das Herausfinden unserer Mitgliedschaft auf 45 am Jahresende war besonders der Gründung des „Schleswiger Tagesblatts“ (siehe „Storr.“ Nr. 9 vom 22. Januar) zu verdanken, an welcher lieben Kollegen unterkommen konnten, da diese Zeitung im Handhabe hergestellt werden muß, weil an die Anschaffung einer Schreibmaschine (Linotype) zur Zeit nicht gedacht werden kann. Für die darobenden Wiener Kinder wurden 51 Mk. auf einer Sammelkiste gezehnet. Dem Kassierer Fröde wurde für seine laborsche Kasienführung feinsten der Hauptverwaltung wie auch des Bezirkskassierers in lobender Weise gedacht. Der Vorstand blieb im wesentlichen der alte, nur die Voten des stellvertretenden Vorsitzenden und des stellvertretenden Schriftführers wurden neu besetzt. — Am 28. Februar hielt unsere Mitgliedschaft nach siebenjähriger Pause wieder einmal ein in allen Teilen wohlgegelungenes Wintervergügen ab.

auch gern: in letzterem Punkt unterscheidet er sich stark von andern Arbeitern. Der „Storr.“ hat das auszubaden. So leid es uns tut, muß unter den jetzt geradezu erdrückenden Umständen die größere Zahl der bereits angenommenen Artikel nachträglich der Ablesung verfallen. Wir sind noch nicht mit der Durchsicht fertig: in einer der nächsten Nummern wird darüber nähere Mitteilung gemacht werden. Die Ausschließung erfolgt vornehmlich unter dem Gesichtspunkte, ob es sich um Ausprägungen im wiederholenden Sinn oder um gar nicht aktuelle Themen handelt. Selbstverständlich spielt die Tendenz dieser Artikel gar keine Rolle dabei. Wir bedauern es aufrichtig, bis zu einem gewissen Grade das geistige Leben in der Organisation dadurch unfruchtbar zu müssen. Natürlich nur bis zum Eintritte besserer Verhältnisse auf dem Papiermarkt. Bis dahin muß eventuell noch ein andres Mittel in Anwendung gebracht werden, nämlich künstlich erzeugter Abnonnentenrückgang. Mit der Umfangbeschränkung, wie vorgezeichnet, läßt sich noch nicht viel erlangen, sie muß sogar ihre Grenze haben. Der Schwerpunkt zu veringertem Papierverbrauch liegt heutzutage im Abnonnentenrückgang. Das klingt paradox, ist aber unter den vertriehenen jetzigen Zuständen eine Tatsache. Beim „Storr.“ wäre das so zu ermöglichen, daß, wie in früherer Zeit es meistens war, zwei Kollegen ein Exemplar halten bzw. beim Obligatorium, das vielfach schon besteht, auf zwei Mitglieder ein „Storr.“ kommt. Das könnte selbstverständlich auch nur eine Behaltmaßnahme sein bis zum Eintritte zurückgehender Papierpreise. In einer rechnerischen Aufmachung wird das erst richtig begreiflich werden: Der „Storr.“ erhält von der Post jetzt nur noch 35 Pf. pro Quartal von dem 65 Pf. beiträgenden Bezugspreise. Bei 54000 Auflage würde das eine Jahreseinnahme von 75600 Mk. ergeben, mit den Anzeigen zusammen höchstens 90000 Mk. Die Postgebühren (ohne Bestellgeld) werden demnach aber um das Mehrfache erhöht werden, so daß aus dem Abnonnament und dem Anzeigenanteil nicht ein Pfennig mehr verbleibt, sondern an der Postgebühr sogar noch daraufgezahlt werden muß. Nach dem jetzigen Papierpreise berechnet, würde sich für 1920 eine Ausgabe bis zu 400000 Mk. allein für das Papier notwendig machen. Nach der vorjährigen Druckerrechnung ist bei den unausbleiblich werdenden weiteren Druckpreiserhöhungen mit bis 300000 Mk. zu rechnen. Die Gehälter, Mitarbeiterhonorare und sonstigen Ausgaben sind belanglos gegen diese Aufwendungen. Da die 90000 Mk. Einnahmen, wie schon gesagt, nur fiktiv sind, weil sie von der erhöhten Postgebühr mehr als vorzuzahlen werden. In mühe für 1920 (München) Postzeit 10 K und 730000 Mk. gerechnet werden beim „Storr.“, wenn keine Änderung eintritt. Selbstverständlich hat sich die Generalversammlung mit der Frage einer beträchtlichen Abnonnamentserhöhung zu befassen, bis dahin müssen aber schon andre Maßnahmen wirksam sein. Zweierlei Wege sind also gangbar: den einen (Umfangbeschränkung) muß die Redaktion sofort beschreiten; den andern (Zusammenlesen) können wir lediglich empfehlen. Es wird aber auch dann noch ein erhebliches Defizit verbleiben. Diese Darstellung zu geben, erachten wir als unsere Pflicht der Allgemeinheit gegenüber.

Buchdrucker in öffentlichen Diensten. Als Hauptkämpfe zum Buchergewerbe I und II in Stuttgart wurde Kollege Theodor Stäbler gewählt.

Meisterprüfung. Vor der Handwerkskammer in Dortmund bestand Kollege Max Frick Schindler aus Anna die Meisterprüfung mit dem Prädikat „Gut“.

Das „Streikfällige“ Stuttgart. Im „Zellungsverlag“ vom 5. März lesen wir von einer Versammlung der nieder-rheinisch-westfälischen Zellungsverleger (16. Februar), daß in Stuttgart die Gezer in den Streik getreten seien. In der „Zellungszeitung“ konnte man am 27. Februar die Meldung von einem halbtagelangen Streik der gestrigen Buchdruckergehilfen finden. Kollege Klein erklärte schon in der Tarifauswahlschluß, daß kein Wort daran wahr sei; in Stuttgart wolle niemand etwas von einem halbtägigen Buchdruckerstreik. Die Stuttgarter Pionierzeitung hat aber bereits im Jahre 1918 ein Seitenstück gehabt. Auch damals fabrizierte die „Zellungszeitung“ etwas von einem Streik der Stuttgarter Buchdrucker, und damals schon jagte der württembergische Gehilfenvertreter und Gewerkschafter im Tarifauswahlschluß, es sei doch eigenartig, daß kein Mensch in Stuttgart etwas von solchem Vorgange wisse, wie ihn die „Zellungszeitung“ berichtet. Wir meinen wenn schon wilde Buchdruckerstreiks erlunden werden müssen, um die Zahl der vorgekommenen Eigenmächtigkeiten auf Gehilfenseite durch Vergroßerung nach etwas auszuheben zu lassen, so sollte man doch nun Stuttgart in Ruhe lassen. Das Plamieren wird sonst zu arg.

„Korrespondent“ im Viehbesitz im Hause Scholten. In einer launigen Zufallsbegegnung Herr Dr. Scholten (Berlin) darüber auf, daß wir in Nr. 27 bei Feststellung der Verurteilten in der Tarifauswahlschluß zu Unrecht sagten, in der Präludienliste sei diesmal der Name Scholten in Vater und Sohn geführt worden. Er macht dafür den durchschlagenden Einwand geltend, daß ein Siebenundfünfzigjähriger unmöglich einen fünfundsiebzigjährigen Sohn haben könne. Das ist gewiß einleuchtend. Es handelt sich vielmehr um zwei Brüder Scholten (Vater und Mutter), von denen wir den jüngeren, uns unbekanntes mit einem andern Ber-

liner Neuling verwechselten. Damit dürfte das genealogische Verhältnis in der Familie Scholten wieder zurechtgerichtet sein.

Neue Einführung der Sommerzeit. Die Einführung der Sommerzeit kommt auch für 1920 nicht in Frage, nachdem die Nationalversammlung im Vorjahre den betreffenden Gesetzesentwurf mit großer Mehrheit abgelehnt hat.

Schwer bestrafte Zuckerhartenfieber. Eine große Zuckerhartenfieber, an welcher neben mehreren andern Personen ein ehemaliger Papierlagerverwalter Quas aus der Buchdruckerei der Baensch-Stiftung in Dresden und der Buchdrucker Keller beteiligt waren, fand vor dem Dresdener Landgericht unangelt ihre Sühne. In Anbetracht der Gemeingefährlichkeit der Schiebung, bei denen große Summen „verdient“ wurden, erachtete es das Gericht für seine Pflicht, die Öffentlichkeit vor der Profitgier gewissen Elemente zu schützen. Es verurteilte Quas wegen Unterschlagung zu acht Monaten Gefängnis und Keller wegen Anstiftung zur Unterschlagung und gewerbsmäßiger Hehlerlei zu einem Jahre sechs Monaten Zuchthaus.

Die Gewerkschaftsorganisation in Westfalen. In den von Deutschland nach dem Friedensvertrag an Polen abgetrennten Gebieten ist nach vorausgegangener Verständigung mit dem Vorstand und Auslaufe des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes ein „Bund der freien Gewerkschaften Westfalens“ mit dem Sitz in Bydgoszcz (Bromberg) gegründet worden. Der Bund gibt ein eigenes Organ unter dem Titel „Freie Gewerkschaft“ heraus. Der Bund soll den gewerkschaftlich organisierten Arbeitern in den abgetrennten Gebieten ihre in den deutschen Verbänden erworbenen Rechte weitererkennen, insbesondere die Unterstufungseinrichtungen, Tarifverträge und sonstigen Erwerbsverhältnisse aufrechterhalten und eine leistungsfähige und kraftvolle Gewerkschaftsbewegung schaffen. Der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes erucht alle bisher angeschlossenen Zweigvereine, dem Bunde der freien Gewerkschaften in Westfalen beizutreten und ihm die Treue zu bewahren. Die Ausstellungen polnisch-nationalistischer Gewerkschaften, das es den freien Gewerkschaften nicht möglich sei, ihren Mitgliedern die erworbenen Rechte zu erhalten, lind unwahr. Diese Rechte werden erhalten, wenn die Mitglieder gegenüber den Gewerkschaften nach wie vor ihre Pflichten erfüllen. Alle Abrechnungen sind an den Bundeskassierer Ernst Anselmsdorf, Bydgoszcz (Bromberg), Tallstraße 2, alle sonstigen Zuschriften an den Bundesvorsitzenden B. Stöfel, ebenfalls selbst, zu richten.

Briefkasten

G. H. in S. Das muß ja sehr interessant gewesen sein! Wenn überall von der andern Seite in über Buchdruckerverfassungen berichtet werden würde, dann gäbe es wohl auch Meinungsstreit und Kampf der Geister, aber keine Festschreibung dabei mit Parteilauten. — G. M. in A. Von Gründung geben wir immer noch einen Bericht. — G. S. in M. Durch Beibehaltung wieder großer Gehälter entstehen. — G. B. in B. So gut gemacht. Boller von D. S. Wird bekommen und haben dann festhalten. Das es geklappt hat, und der „Storr.“ damit wieder ganz aktuell war, freut uns auch. — G. W. in Posen: Hat sich wohl durch die Abhaltung unter „Polen“ in Nr. 12 erledigt. Mit der Vereinfachung in der angekündigten Form sind wir völlig einverstanden. Gruß.

Verbandsnachrichten

Verbandsbüro: Berlin SW 19, Chausseepfad 5 II, Fernsprecher: Amt Aurlüst, Nr. 1191.

Adressenveränderungen

Bremen. (Stahl.) Vorsitzender: Christian Felte, Braunschweiger Straße 10. **Mülheim.** (Malchenmetallvererein.) Vorsitzender: Peter Klein, Kranpingenstraße 103.

Zur Aufnahme gemeldet

(Einwendungen innerhalb 14 Tagen an die bezeichnate Adresse): Im Gau Westpreußen der Geher Robert Engelen, geb. in Meinel 1879, ausgeh. hat 1899; war schon Mitglied. — Walter Krause in Königsberg i. Pr., Farenheidestraße 22 II.

Arbeitslosenunterstützung

Hauptverwaltung. Bericht vom Monat Januar 1920. Auf der Reize: 9 Mitglieder. Am Orte: Arbeitslosenunterstützung erhielten: 802 Mitglieder, Ortsunterstützung erhielten: 1905 Mitglieder. An Arbeitslosenagen, für die Unterstützung gezahlt wurde, sind gezählt worden:

Beschäftigungskategorie	In der Ortsunterstützung		In der Arbeitslosenunterstützung am Orte		In der Ortsunterstützung		Inter. Anz. Tagelange
	Mitgl.	Tage	Mitgl.	Tage	Mitgl.	Tage	
Geher	9	125	562	10848	1283	24230	35212
Malsch.	—	—	5	84	38	314	898
Drucker	—	—	286	6084	498	10256	16340
Stereotyp.	—	—	8	280	38	955	1235
Galvanoplast.	—	—	24	621	21	505	1126
Korrektoren	—	—	2	40	8	160	200
Faktoren	—	—	—	—	—	—	—
Schriftsetzer	—	—	1	3	12	199	202
Stempelschn.	—	—	4	105	7	100	205
Gesamt	9	125	892	18065	1905	37228	55418

Arbeitslos verblieben am 31. Januar 1920: 1437 Mitglieder.

An 9 Mitglieder für 125 Tage 169,55 Mk.
Arbeitslosenunterstützung am Orte:
an 892 Mitglieder für 18065 Tage 18065,— Mk.

Rundschau

Ein ernstes Wort an alle! Der „Storr.“ hat jetzt 54000 Auflage, d. h. mehr als in der Vorkriegszeit. Der „Storr.“ hat ferner eine bedeutend größere Monoproduktion durch eingehende Artikel und Berichtsberichte zu verzeichnen. Das sind an sich günstige Zeichen, bilden sie doch einen Beweis für das rege Leben in der Organisation. Dieses ist allerdings durch die mannigfachen Umstände bedingt: Feuerung und Erwerbsfragen, Feuerungsulagenbewegung, Tarifauswahlschluß, Betriebsratsgesetz, Generalversammlung. Das sind nur die wesentlichen Tagesordnungspunkte in dem kurzen Zeitraum seit Jahresanfang; es stutet sonst noch von Problemen. Da die verschiedenen Meinungen zur Geltung kommen wollen, ist auch darauf zu achten, daß die Opposition ebenfalls zum Worte gelangt. Das ist verhältnismäßig oft geschehen. Alles in allem mußte in diesem Jahre bis jetzt ein Bestreben mehr an Raum daran gegeben werden, obwohl Kürzungen nach aller Möglichkeit vorgenommen wurden. Bis zu Nr. 30 fanden in diesem Jahre 69 eingehende Artikel Aufnahme, 1919 dagegen nur 29; die Zahl der ausgetommenen Berichtsberichte hat sich zwar nur von 262 auf 275 erhöht, dafür hat sich aber ein Vorratslager von 114 angehäuft, vor dem wir ebenso verzweifelt stehen wie vor der Menge der noch unveröffentlichten Artikel. Die sich mehrenden und verzögernden Bekanntheitsmachungen verschlimmern unsere Zwangslage ebenfalls. Es muß nun mit aller Entschiedenheit eine Umfangbeschränkung vorgenommen werden, und zwar einmal mit Rücksicht auf den durch die noch bestehende Papierkontingentierung vorgeschriebenen Papierverbrauch und dann mit Rücksicht auf den ungeheuer gestiegenen Papierpreis. Aber minder wichtige Berichtsverfassungen braucht gar nicht, über wichtigere sollte besser (nicht umfangreicher) berichtet werden. Von den Artikelentsendungen ist manches entbehrlich, und gerade das ist vielfach am meisten raumbesparend. Überhaupt gefallten sich die Anforderungen an den „Storr.“ immer größer. Jeder Redakteur möchte schon Artikel ausgenommen haben. Der Buchdrucker redet nicht nur viel, er schreibt

Druckunterstützung:
 an 451 Mitgl. für 8675 Tage a 1,25 Mk. — 10843,75 Mk.
 „ 1259 „ „ 24852 „ a 1,75 — 43491,—
 „ 195 „ „ 3701 „ a 2,— = 7402,—
 zusammen 61736,75 Mk.
 Insgesamt wurden im Monat Januar gezahlt:
 1920: 79971,30 Mk. für 55418 Tage
 1919: 301044,85 „ „ 194234 „
 weniger 1920: 221073,55 Mk. für 138816 Tage.

Tarifamt der Deutschen Buchdrucker
 Berlin SW 48, Friedrichstraße 239
 Briefadresse: z. B. des Geschäftsführers Herrn Paul Schliebs

Siebenundfünfzigster Nachtrag
 zum Verzeichnisse der den Tarif anerkennenden Firmen vom 30. April 1914.

(Die nachstehenden Firmen haben um Aufnahme in die Tarifgemeinschaft nachgeholt. Falls nicht innerhalb vier Wochen vom Tage der Veröffentlichung an begründete Proteste gegen die Aufnahme derselben beim Tarifamt einlaufen, gelten die Firmen als aufgenommen.)

- I. Kreis. Bremen: Bremer Buchdrucker und Verlagsanstalt G. H. Schmalfeld & Co.; Meyer, Karl Chr. — Delmold: Volksblatt-Druckerei (Heinrich Meyer); — Wilhelmshaven: Bremerabend, W.
- II. Kreis. Barmen: Scheube, Cullas; Klüssener, Ewald, & Co.; Bonn: Lorenz, Carl; — Düsseldorf: Gium, G.; — Düsseldorf (fr. Adolph) und Mar. Jonack; — Elberfeld: Beyer, Rudolf; — Godes-Solling: Schreiber, Wilh.; — Hülert: Gerong, Friedr.; — Köln: Horn, Max; Schiffer & Schub; — Köln-Chrenfeld: Doering, P.; — Mühlfort: Kemmann, Gerh.; — Münster: Regensbergische Druckerei (Frau Wismgerichsradt S. Lucas, geb. Maria Theilung); — Oberhausen: Wähler den., Anton (Jakob Wähler); — Rheinl.: Bonagari, G.; — Bielefeld: Th. (Wolfgang) Bielefeld; — Bielefeld: Schmitt jun., Carl; — Bielefeld: Meyer, Wilhelm; — Bielefeld a. d. B.: Böhren, Robert (Frau Julie Böhren); — Weimar: Kahlenbeck, Mor.
- III. Kreis. Rügen: Gräß, Karl, m. b. S.; — Frankfurt am Main: Vetter & Hamburger (Joseph und Julius Braun).
- IV. Kreis. Karlsruhe: Wolf, H. & Sohn, G. m. b. S. (Georg Wolff); — Karlsruhe: Parfümerie- und Toilettenfabrik; — Klotzberg: Klotz, Emanuel.
- V. Kreis. Wittenberg: Wittenburger Genossenschafts-druckerei, G. m. b. S.; — Wittenberg: Dreiling, Wilhelm; — Hof i. B.: Obergrenschke Verlagsgesellschaft und Buchdruckerei, G. m. b. S.; — Mühlburg: Brinkmann, Ludwig; — Mühlburg: Stein, Otto; — Mühlburg: Müller, Max; — Pöhlitz: Brückner, Robert; — Starnberg: Muir & Braun (Joseph Muir).
- VI. Kreis. Uffen (We): Buchdruckergewerkschaft „Offener Zeitung“, G. m. b. S.; — Oranienbaum: Buchdruckerei Dr. Heinrich Baum (Hermann Niemh); — Torgau: Schlemmer, Paul; — Wernigerode: Schaffhäuser & Claus; — Wittenberg: Herold & Jentsch, G. m. b. S.

- VII. Kreis. Chemnitz: Fischer, Oskar (Rudolf und Maller Fischer); — Chemnitz: Dresden: Wittenbergische Buchdruckerei (Willi Köhler); — Wittenberg: — Geringswälder: Rauch, August; — Meerane: „Meeraner Tageblatt“ (Heinr. Apel); — Döbeln: Richter, Emil.
- VIII. Kreis. Wilmersdorf: Teufcher, Kurt, Nachf. (Ciebers & Hamann).
- IX. Kreis. Breslau: Sedlitz, W. (Arthur Wilsch); — Tränker, R.; — Arumhübel: Willkau, Eugen; — Liegnitz: Wagner, Ernst; — Neufalz a. d. O.: Genossenschaftsdruckerei Neufalz (Ober) und Umgegend, G. m. b. S.
- X. Kreis. Volzenburg (We): Buchdruckerei der „Abteilung“ (Paul Abel); — Breslau: — Dresden: — Hamburg: Christens, G.; — Bremerfeld: Merlag (Kans Christian); — Klei-Ellerbek: Hofmann, Adolf; — Lönbern: „Der freie Arbeiter“ (Ernst Grill).
- XI. Kreis. Spremberg: Müller, Otto (Kans Müller, Otto Müller jun.).
- XII. Kreis. Anruch: Fiedler, Wilhelm.

Aus dem Verzeichnisse der tariffreien Buchdruckereien wurden gefolgt die Firmen:
 II. Kreis. Johann Weissfeld in Rabbob.
 V. Kreis. Buchdruckerei Hans Will in Hof a. d. E.
 VI. Kreis. Buchdruckerei Hermann Kahl in Schkäfen (Thur.). — Buchdruckerei „Treffsruier Nachrichten“ (Eckelblat) Bruno Gahlen in Treffsru.
 VII. Kreis. Bernhard Noack in Nerchau i. G.

Bekanntmachungen
 Urteilsnachweise betreffend
 In die Kommissionen für die Urteilsnachweise wurden gewählt:
 Chemnitz: Gehilfenwahl: Kurt Wilsch, Vorsitzender; Alfred Hirt, Kurt Schmal, Ernst Hunger, Franz Krause, Beisitzer.
 Königsberg i. Pr. Gehilfenwahl: H. Keisner, U. Tief, M. Wittenberg.
 Leipzig: Prinzipalwahl: G. Mäfer, I. Pa. Jul. Mäfer; B. Mehl, I. Pa. Rud. Gerhäuser; U. Rabell, I. Pa. Rabell & Sille; — Gehilfenwahl: E. Heilebarth, U. Hoffmann, S. Jung, Magdeburg: Prinzipalwahl: Oskar Bräse, Julius Gans; Paul Wohlleb jun.; — Gehilfenwahl: Wilhelm Demuth, Johannes S. Jann, Ernst Richard Schulz.
 Rostenburg: Prinzipalwahl: H. Strohmeier, S. Hoffmann, O. Krebs; — Gehilfenwahl: H. Sage, A. Rabell, R. Schaller.
 Schwerin i. M. Gehilfenwahl: Ernst Barfels, Rudolf Bahndt, Arur Schumacher.

Schiedsgerichte betreffend
 Gehilfenwahl: August Holland, Vork- stöße 14 II.
 Wittenberg: Prinzipalvorsitzender: Hermann Enderlein, Mühlberg: Straße 23; Gehilfenvorsitzender: Otto Bahn, Braunschweiger Straße 12a.
 Uffen: Gehilfenwahl: Johannes Berg, Bielefelderstraße 4a I. Vorsitzender: P. Köhler, Tejlun, Weisberg; Bojer und Land- graf, Steilverteler.

München. Prinzipalvorsitzender: Joseph Goffeswinter,
 Theatinerstraße 18.
 Berlin, 25. Februar 1920.
 G. M.: Paul Schliebs, Geschäftsführer.

Bekanntmachung
 Den Mitgliedern der Tarifgemeinschaft, insbesondere den Mitgliedern des Tarifauschusses, geben wir davon Kenntnis, daß das langjährige Mitglied des Tarifamts, der stellvertretende Prinzipalvorsitzende

Herr Ernst Boll

am 10. März verstorben ist. Noch in den Verhandlungen des Tarifauschusses, am 27. Februar, war der Verstorbene, allerdings schon schwer leidend, anwesend, und war bemüht, an seinem Teil an dieser wichtigen Beratung mitzuwirken. Aber schon am zweiten Verhandlungstage mußte er der Sitzung fernbleiben, und nun hat ihn der Tod schon ereilt. Wir beklauern in ihm nicht nur einen überzeugten und fleißigen Mitarbeiter, sondern vor allem einen guten Menschen, mit dem zusammenzuarbeiten eine rechte Freude war. Aufrichtigste und Wahrhaftigkeit, eine besondere Kenntnis aller beruflichen Dinge und der Wille, dem Gewerbe ein Berater zum Frieden zu sein, waren besondere Eigenschaften des Verstorbenen, die ihn uns unvergesslich machen! Für seine Mitarbeit danken wir ihm über das Grab hinaus und werden seiner stets in Treue gedenken!

Berlin, 12. März 1920.
 Tarifamt der Deutschen Buchdrucker
 Rudolf Wilsch Robert Braun
 Prinzipalvorsitzender Gehilfenvorsitzender.
 Paul Schliebs, Geschäftsführer.

Rechtzeitige Bezugserneuerung des „Korr.“

zum Quartalswechsel im Voraus-
 setzung für ungefähre Zustellung.
 Der Bezugspreis ist für das zweite
 Vierteljahr nochmals 65 Pfennige

Annenbetracht
 für jedermann ist das Großen vorzuziehen

Meyers Handlexikon

7. Auflage, mit 1616 Beispielen, 41 Karten und 90 Silberstapeln.

Ein Band in Leinen gebunden 44 Mk.
 Das Werk bringt in kurzer, gemeinverständlichster Form alles Wissenswerte über die Gewand-
 der Welt und die Fragen der Gegenwart.

Su beziehen durch die Buchhandlung: H. Siegl, München 9.

Das
 Ausschließen
 der Druckformen
 von A. Niehammer.

112 Seiten. / M. 3.50

Verlag des Bildungs-
 verbandes der Deutschen
 Buchdrucker G. m. b. H.
 Leipzig / Salomonstraße 8 III
 Postfachkonto 33430.

Kriegszeitungen
 Kriegsgefangenenzeitungen
 — Hingerichtete usw.

zu kaufen gesucht. 1884
 Ingenieur Winkemüller, Bonn.

Maschinenband
 Friedensqualität, liefern
 1340
 Zeiger & Wolf,
 Düsseldorf, Graf-Adolf-Straße 112.

Das langjährige, verdiente Ver-
 bandsmitglied 1991

Heinrich Königs
 (Berlin)
 begehrt am 18. März das fünf-
 undzwanzigjährige Jubiläum
 als Geschäftsführer in der
 Druckerei von C. Faustgewalt.
 Der Jubilar ist in Berliner Kol-
 legenkreise eine sehr bekannte
 und geachtete Persönlichkeit.

Am 8. Februar verstarb unser
 lieber Kollege, der Gehob
Hans Meier
 aus Bielefeld, im 20. Lebens-
 jahre; am 2. März unser ältestes
 Mitglied, der Ehemalige
C. S. Meibau
 aus Hamburg, im 85. Lebens-
 jahre. 1989
 Ein ehrendes Andenken be-
 wahrte ihnen
 Der Buchdruckerverein
 in Hamburg-Altona.

Gammelbestellungen auf die Verbandszeitung

durch die Vorstände sind wegen der auf diesem Wege zu erzielenden Verbilligung des Bezugs das Empfehlungswertvolle. In allen Mitgliedschaften sollte dafür gesorgt werden, daß ein jedes Mitglied die Verbandszeitung besitzt. Die Besteller erhalten den unentbehrlichen Buchpreis von 2 Mk. plus Porto auf den Bestellschreiben in Zahlen angegeben. Bei Nachbestellung in-
 folge umfangreicher Bestellungen erfolgt Preismitteilung durch
 besondere Nachricht. Bestellung und Bezahlung gelangen
 einstmals nach in bisheriger Weise (ad 1: Rabell & Sille,
 Leipzig, ad 2: Verbandshaus Bruno Schwenh, Berlin).

**Neuzeitliche Ausnutzung der
 Buchdruckpresse**

Ein Vorschlag zur Umformung der bishe-
 rigen Buchdruck- und Reproduktionsweise
 in Buchdruckgewerbe. Von M. Rauch.
 Preis gebunden 2,60 Mk., geb. 3,50 Mk.
 Früher erschienen und grundlegend
 für obiges Buch:

„Wie soll ich zurechtfinden?“
 Ein Leitfadens. Nach der Zurecht-
 findung in allen Buchdrucken auf Schwenhstraße u.
 Liegel, 112 S., 22 Abb., 20 S. a. Kunst-
 druck, geb. 2,50 Mk.; ferner

„Der Buchdrucker am U.B.“
 Ein Leitfaden. S. Einleitung des Univer-
 sitäts-Bogenzweigs auf alle Typsetzer:
 93 S., 22 Abb., 20 S. a. Kunst-
 druck, geb. 1,75 Mk. u. je
 25 Porto (Nachn. 40 Pf. mehr) ad. Nachn.
 v. Berl. M. Rauch, Einleitg., Hohen-
 zollernstr. 9. Postfachkonto 15612.

Nach einem arbeitsreichen und mit Erfolg gekrönten Leben verschied
 sanft am 10. März der Inhaber meiner Firma, Buchdruckereibesitzer

Ernst Boll

nach kurzer, schwerer Krankheit. 1985

Im rastloser Arbeit hat er die vom Vater begründete, angelegene Firma
 zu immer größerer Blüte gebracht. Dem Buchdruckgewerbe galt sein
 unermüdetes Streben; ihm diente er in zahlreichen Ehrenämtern bis zu
 seinem allerletzten Atemzuge.

Was er uns war, läßt sich nicht in wenigen Worten sagen. Sein An-
 denken werden wir allem in höchster Ehre und Liebe bewahren.
 Berlin, Schiffbauerdamm 19.
 H. Boll, Buchdruckerei und Verlagshandlung.

Suche für sofortige Tätigkeit, selbständig arbeitenden

Maschinenmeister

der mit Vorgeführungsapparat „Univerfal“ (Klein & Angerer, Leipzig) und
 Galymaschine vollkommen vertraut ist. Bewerbungen mit Zeugnisabschriften erbeten.
 G. W. Gygax, „Diehoer Zeitung“, Warggraben (Ostpr.).

Jünger, tüchtiger
Schreibe

mit allen vornehmenden Arbeiten ver-
 traut, der auch am Typograph (Modell A)
 ausstellen kann, sucht Stellung, gleich
 mobil. Angebote unter K. P. 987 an
 die Geschäftsstelle d. Zf. erbeten.

Jünger
Maschinenmeister

10 Jahre alt, ohne eigenes Verdienen
 konditionlos, bewandert in einfachem
 Werk- und Illustrationsdruck, Stereo-
 typie, war speziell als Bildendruck-
 er tätig, sucht irgendwo Fortbildung in seinem
 Beruf zum 1. April oder früher. Unter-
 nehmen in einem kleinen oder mittleren
 Betrieb. Selbstwert bevorzugt. Merse-
 Angebote erbeten an 1084
 Wittenberg, Wittenberg, Wittenberg,
 Wittenberg (Bayern), Obere Hauptstr. 281.

Graphische Fachklassen
 Entwurf und Werkstatt-Ausbildung.
 Ausrichtung durch die
 Kunstgewerkschule Barmen.

Nach Berlin oder Vororten
 42-jähriger Leipziger Verhorrerktor für
 russisch, ukrainisch, französisch,
 englisch, deutsch,
 mit mehrjähriger Auslandserfahrung, sucht
 Stellung in gutem Hause. Geht. An-
 gebote mit. Angaben ab. Arbeitsgehalt
 unter U. 988 a. d. Geschäftsstelle d. Zf. erb.

Postkartendrucker
 für große Formate.
1a Farbendrucker
 sucht Stellung im
Ausland
 Geht. Angebote unter U. 989 an die
 Geschäftsstelle dieses Blattes erbeten.

Verleger: Joseph Seib in Berlin. — Verantwortlicher Redakteur: Willi Krahl in Leipzig, Salomonstraße 8 (Telephon 14111). — Druck: Rabell & Sille in Leipzig.

Am 10. März verstarb nach kurzem Leiden unser allverehrter Chef,
 der Buchdruckereibesitzer

Herr Ernst Boll

im 51. Lebensjahre.

Sein rastloses Leben war mit Erfolg gekrönt in dem Sinne: Was
 du ererbst von deinen Vätern, erwidere es, um es zu besitzen. Sein soziales
 Empfinden erweiterte in jedem seiner Betriebsangehörigen Arbeitsergeb-
 nis. Bis zuletzt in geistiger Frische lag ihm sein Geschäft und der all-
 gemeine Wohlstand des Gewerbes am Herzen; er war allen ein Vorbild treuer
 Pflichterfüllung geblieben. Wir werden dem Verstorbenen stets ein ehrendes
 Andenken bewahren.
 Berlin, den 11. März 1920.
 Das Personal der Buchdruckerei H. Boll.